

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falkensteinstraße 46, 10557 Berlin
Tel./Fax: 030 7611 62 49
Btz: 100 500 00 11

blick nach

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 18. Jahrgang, Nr. 22, 1. November 2001

rechts

Einblicke

Wichtige Orte

Von Heiner Lichtenstein

Am 20. Oktober 1999 wurde auf dem Obersalzberg bei Berchtesgaden ein Dokumentationszentrum über die NS-Zeit und deren Bosse eröffnet. Gut 200 000 Besucher sind inzwischen dort gewesen. Jeder Vierte war Student oder Schüler. Gegner des Zentrums hatten unter anderem gewarnt, es könnten sich Rechte zusammenrotten. Außerdem seien Schmierereien zu befürchten. Nichts dergleichen ist geschehen. Gekostet hat das Zentrum sechs Millionen Mark. Auf der Ostseeinsel Usedom gibt es seit März dieses Jahres ein Informationszentrum über die Raketen der Nazis und die Ausbeutung der Zwangsarbeiter, die jene riesige Anlage bauen mussten. Kosten: zwölf Millionen Mark. Bereits im ersten Sommer war der Andrang von Interessierten enorm.

Am 4. November eröffnet Bundespräsident Johannes Rau auf dem ehemaligen Parteitagsgelände der Nazis in Nürnberg einen „Lernort über die Verführbarkeit“. Kosten: zwölf Millionen Mark. Der Andrang war schon vor der Eröffnung so groß, dass ein Kartenreservierungssystem eingeführt werden musste. Auf der Ostseeinsel Rügen soll an historischem Ort ein Dokumentationszentrum über die NS-Sozialpolitik entstehen, um beweisen zu können, wie unsozial, rassistisch und arbeitnehmerfeindlich die Nazis waren. Angesichts des gefährlichen Rechtsextremismus, der sich oft des NS-Systems als leuchtenden Vorbilds bedient, sind solche Orte nicht nur wichtig. Sie sind unentbehrlich, weil sie mehr bewirken als Appelle Prominenter oder Aussteigerprogramme. Vor allem junge Leute können an Ort und Stelle mit ihren Lehrern oder Mitarbeitern der Ausstellungen sprechen. Dabei erfahren sie, was es bedeutet, in einer Diktatur zu leben und welche unschätzbaren Vorteile unser demokratischer Staat demgegenüber bietet. Das ist auch ein Grund, warum der Bundespräsident trotz seines vollen Terminkalenders persönlich die Eröffnungsrede hält. Die Bundeskasse ist mit keinem Pfennig belastet, obwohl der Bund grundsätzlich solche Dokumentationszentren fördern sollte.

Rüsten zum Wahlkampf

Die rechtsextremen Parteien wollen erneut in den Landtag von Sachsen-Anhalt einziehen.

Seite 2 ■

Kriminelle Vereinigung

Nach acht Jahre währendem Treiben sitzen Mitglieder der Skinhead-Kultband „Landser“ jetzt in Untersuchungshaft.

Seite 4 ■

Im Abwärtstrend

In Berlin haben die Republikaner auch sämtliche Mandate auf Bezirksebene verloren.

Seite 5 ■

Fehlende Statur

Bei der rechtsextremen Mégret-Partei in Frankreich beginnt es in Erwartung einer Phase der Erfolglosigkeit zu bröckeln.

Seite 7 ■

„Rassisch erwünscht“

Der Verein „Lebensborn“ sollte im NS-Staat für erbbiologisch wertvolle Kinder sorgen.

Seite 8 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel

Redaktion: Gabriele Nandlinger

Aktivitäten**Im Fokus der Justiz**

Rechtsextreme Parteien wollen erneut in den Landtag von Sachsen-Anhalt einziehen. Gegen zwei Parlamentarier, die früher der DVU angehörten, will die Staatsanwaltschaft Strafbefehl erwirken.

Die beiden im Landtag von Sachsen-Anhalt vertretenen rechtsextremen Parteien wollen auch bei der Landtagswahl am 21. April kommenden Jahres wieder für das Magdeburger Parlament kandidieren. Zwar wolle der DVU-Bundesvorstand unter dem autokratischen Parteichef und millionenschweren Münchner Großverleger Gerhard Frey erst in den kommenden Wochen endgültig über den Antritt zur Landtagswahl entscheiden, sagt Bernd Dröse, Sprecher des DVU. Aber nach dem „sensationellen Erfolg“ von 1998 sei von einem erneuten Antreten der DVU zur Landtagswahl auszugehen. Seinerzeit hatte die Frey-Partei nach einer mehrere Millionen Mark teuren Materialschlacht im Wahlkampf überraschend 12,9 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigt und war mit 16 Abgeordneten in den Landtag eingezogen.

Wie schon in anderen Bundesländern meinte Frey offensichtlich, auch für Sachsen-Anhalt eine Abgeordneten-Truppe zusammen gestellt zu haben, die im Parlament ohne eigene politische Ambitionen brav die Anweisungen und Befehle aus München umsetzt und ansonsten den geforderten Anteil von 20 Prozent der Diäten abführt. Zur teilweisen Begleichung der Wahlkampfkosten, die der Münchner Verleger ja quasi nur vorgeschossen habe. Dabei erwies sich Gerhard Freys Gespür bei der Auswahl geeigneter Kandidaten aber erneut als unzureichend. Gleich zwei DVU-Abgeordnete sorgten schon kurz nach ihrem Einzug in den Landtag für Schlagzeilen. Da war zum einen Torsten Miksch, gegen den später ein Strafbefehl wegen Tierquälerei erging, weil er seinen Kampfhund in einen mehrere Meter tiefen Brunnenschacht geworfen hatte, aus dem erst der nach mehreren Tagen durch Nachbarn informierte Tierschutzverein das Tier wieder befreien konnte. Andererseits der Abgeordnete Jörg Büchner, der unter dem Decknamen „Olaf Holland“ Jahre lang für die Stasi gespitzelt und während dieser Zeit Freunde und Bekannte ans Messer geliefert hatte. „Tierquäler und Stasispitzel haben in der DVU nichts zu suchen“, tönte sein-

erzeit der DVU-Fraktionschef Helmut Wolf, nachdem mehrere Medien ausführlich aus Büchners Stasi-Akte zitiert hatten und damit das ursprüngliche Wolf-Argument, „dass überhaupt nichts bewiesen“ sei, damit haltlos in sich zusammenfiel. Büchner ist übrigens heute wieder Mitglied der DVU-Fraktion.

In der Zeit nach diesen ersten Fraktionsausschlüssen gab es ein fröhliches „Bäumchen-wechsel-Dich“ unter den rechten Abgeordneten. Die einen verließen die Fraktion, andere kehrten zurück, im Februar 2000 erfolgte dann die endgültige Spaltung. Neben der DVU-Fraktion gibt es seither die Fraktion der Freiheitlichen Deutschen Volkspartei (FDVP) im Magdeburger Landtag, deren Vorsitzende Claudia Wiechmann auch flugs eine gleichnamige Partei gründete und sich selbst zur Bundesvorsitzenden ausrufen ließ.

Erklärtermaßen orientiert sich die FDVP an der Programmatik der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) des bekannten Rechtspopulisten Jörg Haider. Und nicht zuletzt deshalb, weil dieser bereits sein Auftreten im Wahlkampf in Sachsen-Anhalt in Aussicht gestellt hat, gibt sich Claudia Wiechmann optimistisch. „Haider hat zugesagt, dass er für einen Wahlkampfauftritt nach Sachsen-Anhalt kommt“, diktierte Claudia Wiechmann einem Journalisten der Magdeburger Tageszeitung „Volksstimme“ in den Block. „Dann gibt es hier kein Halten mehr.“

Die FDVP zeigt nach Einschätzung des Verfassungsschutzes sowohl in Sachsen-Anhalt als auch im Bund keinerlei Distanz zur Programmatik der DVU und müsse deshalb ebenfalls als rechtsextremistisch eingestuft werden. Die Programmatik ist nach Einschätzung der Verfassungsschützer von einer Überbetonung nationaler Interessen, gekoppelt mit unterschwelliger Fremdenfeindlichkeit geprägt. „So werden negative Entwicklungen im wirtschaftlichen und sozialpolitischen Bereich zur Begründung einer Forderung nach Rückführung hier lebender Ausländer in ihre Heimatländer herangezogen und Ausländer als Gefahr für den sozialen Frieden dargestellt“, heißt es im Verfassungsschutzbericht 2000 für Sachsen-Anhalt. „Diese im rechtsextremistischen Lager verbreitete Sündenbock-Theorie wird auch von der FDVP-Bundesvorsitzenden Claudia Wiechmann verwendet, indem sie als Schuldige für Fremdenfeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland die Ausländer selbst ausmacht.“

Die FDVP bezeichnet sich selbst als „moderne, basisdemokratische, nationalfreiheitliche, zukunftsorientierte, die soziale Gerechtigkeit und allgemeine sittliche Normen und Werte fördernde politische Partei des deutschen Volkes, die sich hierbei von jeglicher Form von Gewalt und Extremismus distanziert“. Dem gegenüber steht der autoritäre Führungsstil von Parteichefin Wiechmann, der parteiintern mehr und mehr kritisiert wird. Inzwischen gibt es bereits wieder zahlreiche Austrittserklärungen, selbst von hauptamtlichen Mitarbeitern der Partei. So hat etwa Dirk Kuke, der Vorsitzende des FDVP-Landesverbandes Sachsen-Anhalt, seiner Partei längst wieder den Rücken gekehrt. Darauf angesprochen, will Claudia Wiechmann von Basisdemokratie plötzlich nichts mehr wissen. „Natürlich habe ich einen straffen Führungsstil“, äußerte sie gegenüber der „Volksstimme“. „Anders geht es nicht.“

Neben dem Landesverband in Sachsen-Anhalt verfügt die FDVP nach Angaben des Verfassungsschutzes lediglich noch über einen zweiten Landesverband in Thüringen, insgesamt hat die rechtsextremistische Partei bundesweit rund 150 Mitglieder. Vielleicht versteht das ehemalige SED-Mitglied Wiechmann eben das als Basisdemokratie: Die von ihr vorgelegten Beschlussvorlagen werden nicht von Parteitage delegierten, sondern von sämtlichen Parteimitgliedern bei Parteitage abgesegnet, die als Vollversammlung sämtlicher FDVP-Mitglieder organisiert werden.

■ Ein fröhliches Bäumchen-wechsel-dich ■

Claudia Wiechmann sucht nicht nur in Österreichs FPÖ, sondern auch in Deutschland durchaus Kooperationen im rechten Spektrum. So betrachtet sie ihre Partei als Baustein der so genannten Deutschen Aufbau-Organisation (DAO), der Sammlungsbeziehung von Alfred Mechttersheimer. Zeitweilig gehörte Claudia Wiechmann auch dem Sprecherkreis dieser Organisation an, und der Koordinator der DAO nahm als einer der Ehrengäste am ersten Bundesparteitag der FDVP teil.

Bei der Führung der eigenen Fraktion und Partei setzt Claudia Wiechmann auf Rückhalt nicht zuletzt aus der eigenen Familie. Ihr Vater Rudi Wiechmann hält ihr als Parlamentarischer Geschäftsführer den Rücken frei, ihr Bruder Stefan sorgt als Vize-Chef des FDVP-Landesverbandes Sachsen-Anhalt, ihr

Ehemann Harald als Mitglied des Bundesvorstandes in der Partei für Ordnung.

Ihr Stellvertreter im Bundesvorsitz der Partei wie auch im Vorsitz der FDVP-Landtagsfraktion von Sachsen-Anhalt ist Helmut Wolf, der einstige Fraktionschef der DVU im Magdeburger Landesparlament. Der aber bewegt sich derzeit wieder einmal im Fokus der Justiz. Jüngst erst hat der Ältestenrat die Immunität Wolfs aufgehoben und so die Beantragung eines Strafbefehls gegen den FDVP-Vize möglich gemacht. Denn der, so die Ermittlungsergebnisse, hat noch als Fraktionschef der sachsen-anhaltischen DVU-Fraktion im Brandenburger Wahlkampf Plakate anderer Parteien demontiert und gestohlen und an deren Stelle DVU-Plakate aufgehängt. Nicht das erste Mal, dass Wolf auf Kriegsfuß mit der Justiz steht. Allerdings das erste Mal, dass dieses im Zusammenhang mit politisch motivierten Taten steht.

Weil der Ältestenrat des Landtages gerade dabei war, hat er auch gleich noch die Immunität von Torsten Miksch aufgehoben, gegen den die Staatsanwaltschaft einen Strafbefehl wegen unerlaubten Waffenbesitzes erwirken will. Miksch gilt derzeit als unauffindbar. Schon seit Monaten ist er im Landtag nicht mehr aufgetaucht. An seinem Wohnhaus geben sich bereits seit längerer Zeit diverse Gerichtsvollzieher gegenseitig die Klinke in die Hand, die offene Verbindlichkeiten bei Miksch vollstrecken wollen, ihn aber nicht antreffen können. Mindestens drei Haftbefehle für die Vorführung zur Abgabe einer Eidesstattlichen Versicherung, des so genannten Offenbarungseides, liegen gegen den Politiker mittlerweile vor. Eine Prostituierte in Magdeburg, deren Leistungen Miksch mit einem ungedeckten Scheck bezahlte, wird wohl auf Dauer vergeblich auf ihr Geld warten. Zur Zeit dieses Vorfalls galt Liebeslohn in Mark und Pfennig vor der deutschen Justiz noch als sittenwidrig und war damit für um eben diesen Lohn geprellte Prostituierte nicht einklagbar. Das Schäferstündchen wird der Rechtsaußen-Politiker also nicht mehr bezahlen müssen.

Was heißt hier noch Politiker? Für den 36-jährigen Zimmermann, der zeitweilig als Landesbeauftragter Sachsen-Anhalt der Vereinigten Rechten fungierte, interessieren sich neben den Kuckucksklibern derzeit nicht einmal mehr die Verfassungsschützer von Sachsen-Anhalt. Im Verfassungsschutzbericht 2000 des Landes taucht der Mann wegen politischer Bedeutungslosigkeit nicht einmal mehr namentlich auf. *Eberhard Löblich*

Aktivitäten**„Ran an den Feind“****Mitglieder der Berliner Kultband „Landser“ sitzen in Untersuchungshaft**

„Berlin, Berlin, Eisern Berlin!“ brüllt „Landser“-Sänger Michael Regener (36) ins Mikro. Die 60 bis 70 Neonazis im Saal sind begeistert und strecken den rechten Arm nach oben. Nach der Hitlergruß-Orgie geht das Landser-Konzert weiter. Dass ein Besucher den Auftritt filmt, stört niemanden.

Acht Jahre nach dem Konzert im Großraum Berlin hat die Polizei es doch noch geschafft und den selbst ernannten „Terroristen mit E-Gitarre“ den Stecker gezogen. Seit Anfang Oktober sitzen vier Musiker aus Berlin und Potsdam, sowie ein Vertriebs-Helfer aus Chemnitz in Untersuchungshaft. Die Liste der Vorwürfe reicht von Volksverhetzung bis zum Mordaufruf. Zum ersten Mal haben deutsche Staatsanwälte eine Skinhead-Band zur kriminellen Vereinigung erklärt.

Der Berliner Michael Regener ist seit 1992 Sänger und Textschreiber der Band. Mit ihm bekam die Gruppe ihren Namen. Zuvor nannte man sich „Endlösung“. In der Szene ist der Mann mit dem Bierbauch besser als „Luni“ bekannt. Den Spitznamen hat er sich mit reichlich DDR-Wodka der Marke „Lunikoff“ herbeigetrunk. Bevor Regener bei Landser ans Mikro ging, hatte er sich kurz als Liedermacher versucht. Viele Songs aus dieser Zeit wurden später von Landser in rockiger Version veröffentlicht. Bis 1998 war der 34-jährige Berliner Jean-René Bauer an der Gitarre. Er gehört zum Führungskreis der Neonazi-Rocker-Vereinigung Vandalen – Ariogermanische Kampfgemeinschaft. Sie gründete sich bereits im Jahr 1982 im damaligen Ost-Berlin. Bis zum Herbst 2000 hatte die rund 20-köpfige Gang ein Clubhaus in der Berliner Liebermannstraße. Zu den alljährlichen Vandalen-Festen im September kamen Rechtsextreme aus ganz Deutschland. Im Juli 1999 feierte Bauer seine Hochzeit mit Susan Stark von der NPD-Geschäftsstelle. Über 200 Neonazis waren geladen. Im vergangenen Jahr wurde der 34-jährige zu einer Bewährungsstrafe verurteilt, weil er von dem Neonazi Ralf Luckow eine Langwaffe mit Zielfernrohr und Munition gekauft hatte. Zuletzt soll er für den Vertrieb der Landser-CDs zuständig gewesen sein. Am Schlagzeug saß seit 1998 der Neonazischläger Chri-

stian Wenndorf (22). Er hatte zuvor bereits gute Kontakte zur Potsdamer Skinhead-Band „Proissenheads“. Wenndorf soll den neuen Proberaum angemietet haben. Bei den Aufnahmen zur CD „Ran an den Feind“ soll außerdem der Berliner André M. (34) die Gitarre übernommen haben. Als fünfter wurde Jan W. (26) verhaftet, der Herausgeber des Fanzines „White Supremacy“, das über Movement Records im sächsischen Wilsdruff vertrieben wird. Er soll unter anderem mit einem LötKolben die Presswerk-Nummer aus den CDs entfernt haben, um den Produktionsort zu verschleiern.

In den letzten Jahren ist Landser zur absoluten Kultband der deutschen Skinheadszone geworden. Die musikalischen Fähigkeiten hielten sich zwar in Grenzen und mangels Kreativität klangte man Melodien quer durch die Musikgeschichte, von den Beatles über Thin Lizzy bis hin zu Ton, Steine, Scherben und Rudi Schuricke. Doch kaum eine andere Szene-Band hatte so aggressive Texte: gewaltverherrlichend, nationalsozialistisch, antisemitisch – meist relativ geschliffen formuliert. Nur ein einziges Fanzine-Interview hat Landser gegeben („Blood&Honour“ Nr. 8). In neun Jahren ist gerade mal ein Auftritt außerhalb der Proberaum-Partys bekannt geworden. Noch heute erzählen sich Skinheads die erfundene Geschichte von Konzerten, bei denen die Musiker mit Sturmhauben aufgetreten sein sollen, um nicht erkannt zu werden.

Doch auch Polizei und Staatsanwaltschaft haben am „Mythos Landser“ mitgewirkt. Keine andere Band konnte so lange unbehelligt ihre Hasslieder absingen. Und das, obwohl den Ermittlern bereits seit Mitte der 90er Videoaufnahmen von frühen Landser-Konzerten vorliegen. Die Bilder sind zwar von der Qualität einer Geldautomat-Überwachungskamera, aber bei ernsthafter Überprüfung durchaus aufschlussreich. Sogar das Publikum wurde abgefilmt. Sänger war schon damals Michael Regener.

Auch nach dem verspäteten Ermittlungserfolg bleiben viele Fragen offen: So ist unklar, wer bei der letzten CD die zweite Gitarre gespielt hat. Zu weiteren, nicht inhaftierten Beschuldigten schweigen sich LKA und Bundesanwaltschaft aus. Unklar ist auch, ob das Geld aus den CD-Verkäufen an rechte Organisationen oder auf die Privatkonten der Musiker geflossen ist. Allein die Scheibe „Ran an den Feind“ dürfte über 200 000 Mark eingebracht haben. Obwohl 15 Monate ermittelt wurde, konnte nur ein kleiner Teil der Auflage beschlagnahmt werden.

Benny Bender

Hintergrund

Rechte im Abseits

Die Republikaner haben bei den Wahlen in Berlin sämtliche Sitze in den Bezirksversammlungen eingebüßt – NPD bleibt stabil auf niedrigem Niveau.

Desaster für die Republikaner, Enttäuschung bei der NPD: Die rechtsextremen Parteien haben keines ihrer Wahlziele erreicht. Mit 1,3 Prozent (21 817 Wählerstimmen; 1999: 2,7 Prozent und 41 816 Stimmen) waren die REP meilenweit vom Einzug ins Landesparlament entfernt, auch verloren sie Mandate in den Bezirksverordnetenversammlungen. Damit gibt es in Berlin keinen Mandatsträger mehr, der einer rechtsextremen Partei angehört. Die NPD erreichte bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus 0,9 Prozent (15 352 Wählerinnen und Wähler; 1999: 0,8 Prozent, 13 024 Stimmen) und scheiterte in den Bezirken an der 3-Prozent-Hürde. Die DVU hatte auf die Teilnahme an den Wahlen verzichtet.

Davon konnten die Republikaner offenbar in keiner Weise profitieren. Vielmehr setzt sich der Niedergang fort, der nach dem Debakel bei den letzten Landtagswahlen in Baden-Württemberg noch an Tempo gewonnen hat. Dort mussten die REP im März 2001 nach zwei Legislaturperioden ihre Parlamentssitze räumen. Seitdem sind sie in keinem Landtag mehr vertreten. Vor zwölf Jahren hatte auch Berlin als REP-Hochburg gegolten. 1989 holte die Partei bei den Abgeordnetenhaus-Wahlen 7,5 Prozent und zog mit elf Vertretern in das Landesparlament ein, musste aber schon 1990 die Mandate wieder abgeben. Einzig in den Bezirken konnten die REP im Laufe der letzten Jahre einige Sitze erobern. 1999 hielten sie mit acht Kandidaten in fünf Bezirksverordnetenversammlungen Einzug. Diesmal hätten sie nur im Berliner Bezirk Neukölln eine Chance gehabt – dort verfehlten sie letztendlich knapp die 3-Prozent-Grenze.

„Ich weiß auch nicht, was in den Köpfen der Wähler drinsteckt“, kommentierte REP-Landesgeschäftsführer Detlef Britt das Berliner Ergebnis. Britt beschuldigte „die Medien“, sie hätten seine Partei im Wahlkampf ignoriert. Geärgert hat die Republikaner auch, dass kein Prominenter als Spitzenkandidat auftreten wollte. „Wir haben Leute wie den Heinrich Lummer angesprochen“, sagte

Britt, „aber die haben ja alle gekniffen“. Der ehemalige Innensenator Lummer ist trotz seiner Verbindungen zum rechtsextremen Milieu weiterhin Mitglied der CDU.

Die NPD hatte gehofft, bei der Abgeordnetenhaus-Wahl ein Prozent zu erreichen – dann hätte sie ihre Wahlkampfkosten erstattet bekommen. Das zweite Ziel, im Ostteil Berlins Mandate in mindestens einer Bezirksversammlung zu erobern, wurde trotz massiver Propaganda nicht erreicht. Obwohl die NPD gegen die amerikanischen Militärschläge in Afghanistan protestiert, „haben die Wähler diese Thematik eher der PDS abgenommen“, vermutet Parteisprecher Klaus Beier.

Doch im Gegensatz zu den Republikanern hat die NPD ihr (vor allem östliches Potenzial) stabilisiert und teilweise verbessert. In dem Ostbezirk Marzahn-Hellersdorf erreichte die NPD bei den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen 2,6 Prozent (1999: 2,7), in Lichtenberg und in Trepow-Köpenick erzielte sie 2,3 (2,1) und 2,3 (1,3) Prozent. Im Westbezirk Spandau reichte es wie 1999 nur für 0,6 Prozent.

Frank Jansen

Hinweis

Weimar – Mit der rechten Musikszene befasst sich eine Tagung „Zwischen Oi und Rennie“, die vom 26. bis 28. November in der Europäischen Jugendbildungs- und Begegnungsstätte (EJBW) in Weimar stattfindet und zu der die Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, das Archiv der Jugendkulturen, Berlin, und die EJBW einladen. Längst tummeln sich rechtsextreme Gruppen in den unterschiedlichen Musikrichtungen wie Oi, Liedermacher, Darkwave, Metal, Techno, um diese zu infiltrieren. Auf der Veranstaltung soll eine erste Gesamtbilanz rechtsextremer Musikszenen versucht und über Gegenstrategien gegen rechte Jugendkulturen diskutiert werden. Namhafte Experten referieren unter anderem über die Konsumwirkung von rechter Musik, rechtsextreme Weltbilder in der Musikszene, den rechtsextremen Musikmarkt, Musikrichtungen wie NS-Black Metal oder Dark Wave. Eine Podiumsdiskussion wird sich mit Indizierungen und Verboten gegen Rechts befassen. Aktuelle Programinfos unter: www.jugendkulturen.de

Anmeldung: Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Referat 1, Bergstraße 4, 99092 Erfurt, Tel. 0361/3792711, Fax 0361/3792702

Hintergrund**Klare Niederlage**

Die DVU verlor in Hamburg viele Stimmen und viel Geld – Streit mit REP und NPD schwächte das rechtsextreme Lager

„Istanbul den Türken. Hamburg den Deutschen!“ „Deutsches Geld für deutsche Bürger!“ Mit Parolen von ergreifender Schlichtheit zog die rechtsextreme DVU in den Hamburger Wahlkampf. Doch das Schüren von Ressentiments gegen Ausländer half ebensowenig wie die aggressive Rhetorik gegen die etablierten Parteien, denen „Arroganz“, „Steuerverschwendung“ und „Wahlbetrug“ vorgeworfen wurde. Die DVU rutschte bei der Bürgerschaftswahl am 23. September von 4,98 Prozent (1997) auf 0,7 Prozent ab. Auch auf kommunaler Ebene fiel das Ergebnis nicht besser aus: Die DVU verlor alle Mandate in den vier Bezirksversammlungen, in denen sie vier Jahre lang vertreten war.

Der Hamburger Verfassungsschutz attestierte der DVU in seiner jetzt vorgelegten Analyse „Wahlkampf und Wahlergebnisse extremistischer Parteien“ die „schlimmste Niederlage seit 1989“. Dabei hatte es die Partei mit einer neuen Wahlkampfstrategie versucht. Sie verschickte nicht nur hunderttausendfach Propagandamaterial, sondern zeigte in Fußgängerzonen und Einkaufszentren mit Info-Tischen Flagge.

Besonders bitter für die DVU: Die Wahl bescherte der Partei neben dem herben Verlust an Stimmen und Mandaten auch ein finanzielles Debakel. Weil die DVU unter der magischen Grenze von einem Prozent blieb, wird die katastrophale Niederlage nicht einmal mit der anteiligen Erstattung der Wahlkampfkosten versüßt. Ein ähnlich trostloses Ergebnis musste die Partei zuletzt bei der Europawahl 1989 verkraften, als sie 18 Millionen Mark in den Wahlkampf gesteckt hatte, von denen bei einem Stimmenanteil von 1,6 Prozent lediglich vier Millionen in die Kassen zurückfloss. Das schlechte Resultat der Hamburger Wahl könnte zur Folge haben, dass die DVU bei der Bundestagswahl im nächsten Jahr nicht antritt, mutmaßen die Autoren der Studie. Ein Großteil der finanziellen Reserven dürfte dann nach Sachsen-Anhalt fließen, wo 2002 Landtagswahlen anstehen. Dort spekuliert die seit 1998 im Parlament vertretene DVU auf einen erneuten Einzug in das Landeshaus.

Der wäre auch in Hamburg 1997 fast gelungen. Damals fehlten nur 190 Stimmen am Überspringen der Fünf-Prozent-Hürde. Aus diesem Grund hatte sich der von dem umtriebigen Vorsitzenden Heinrich Gerlach geführte Landesverband einen erneuten Anlauf vorgenommen – wieder unter Einsatz erheblicher finanzieller Mittel. Die Münchner Zentrale hatte Hamburg zur Schwerpunktwahl für 2001 erklärt. Für die vor allem in Briefen und auf Plakaten unter das Volk gebrachte Propaganda stand die stolze Summe von mehr als zwei Millionen Mark zur Verfügung, haben die Hamburger Schlapphüte recherchiert. Zumindest in dieser Statistik ist die DVU die Nummer eins. SPD und CDU mussten mit 1,5 sowie 0,8 Millionen Mark für Info-Material, Wahlplakate und bedruckte Kugelschreiber auskommen. Die Schill-Partei schaffte ihren Erfolg mit einem 300 000-Mark-Etat.

Den überwältigenden Zuspruch für Schill machen die Autoren der Studie „für den Niedergang der DVU“ verantwortlich. „Richter Gnadenlos“ punktete mit dem Thema Innere Sicherheit und zog mit der These von der Verbrecherhochburg Hamburg Heerscharen von Protestwählern in sein Boot. Das war schlecht für die DVU, die auf das dieselbe Thema und dieselbe Klientel gesetzt hatte. Erst in den letzten Wochen vor der Wahl schoss die DVU gegen den smarten Richter. „Die Schill-Partei soll dazu dienen, Protestwähler politisch zu kastrieren und sie auf Umwegen wieder dem etablierten Bereich zuzuführen“, schimpften Gerlach und Co in einer Presseerklärung. Zu spät.

Wenig förderlich war aus DVU-Sicht der Streit mit den REP, die trotz des schlechten Ergebnisses in Baden-Württemberg nicht auf die Wahlteilnahme in Hamburg verzichten wollten. Früher hatte es zwischen den Parteien Absprachen über wechselseitige Wahlbeteiligungen gegeben, zuletzt herrschte Schweigen. Da bei konkurrierendem Antreten immer die DVU die Nase vorn hatte, bewertet der Verfassungsschutz den Beschluss der REP als „Mischung aus Harakiri und Kamikaze“. Die Strafe des Wählers folgte auf dem Fuße: Die REP erzielten stadtweit jämmerliche 574 Stimmen (0,1 Prozent). Dass die NPD, die vereinzelt auf Bezirksebene antrat, überhaupt auf dem Stimmzettel stand, führt der Verfassungsschutz auf die feindselige Haltung gegenüber DVU und REP zurück. Die Kandidatur habe allein den Sinn gehabt, „insbesondere der DVU als aussichtsreichster rechtsextremistischer Partei möglicherweise entscheidende Zehntel-Prozentpunkte wegzunehmen“.

Volker Stahl

Ausland

Fehlende Statur

In der rechtsextremen Mégret-Partei beginnt es zu bröckeln. Grund dürfte nicht zuletzt der Kurs der Annäherung des Parteichefs an Frankreichs bürgerlich-konservative Rechte sein.

Politik, so führte Bruno Mégret anlässlich einer Tagung des Nationalkomitees – des erweiterten Führungsgremiums – seiner Partei am 14. Oktober aus, besteht in erster Linie darin, „einen Hauptfeind zu bestimmen“. Und dieser Hauptfeind sei, folgt man dem Chef des Mouvement National Républicain (MNR), heute ein doppelter.

Auf internationaler Ebene handelt es sich um den Islamismus, wobei dieser Begriff – der eine politisch-religiöse Bewegung bezeichnet – als Quasi-Synonym neben dem Wort „Islam“, das die muslimische Religion und Kultur allgemein darstellt, benutzt wird. Und auf innenpolitischer Ebene handelt es sich um den „Sozialismus-Globalismus, der heute von Herrn Jospin vertreten wird“. Mégrets Positionierung zwischen den großen politischen Lagern bleibt dabei eindeutig: „Jospin ist schlimmer als Chirac“. Das ist das genaue Gegenteil dessen, was sein rechtsextremer Rivale Jean-Marie Le Pen vom Front National (FN) vor dem zweiten Wahlgang der letzten Präsidentschaftswahl, im Mai 1995, geäußert hatte: „Chirac, c'est Jospin en pire“ (etwa: Chirac ist dasselbe wie Jospin, nur schlimmer).

Mindestens einem prominenten MNR-Kader hat dies überhaupt nicht gefallen: Pierre Vial, dem Chef des völkisch-rassistischen Zirkels „Terre et peuple“ (Erde und Volk). Der Blut-und-Boden-Ideologe erklärte anlässlich der Führungstagung am 14. Oktober seinen Rückzug aus dem MNR. Vial bemängelt bei seiner ehemaligen Partei eine Tendenz zur Anpassung, die ihre Positionen mit jenen von Teilen der bürgerlich-konservativen Rechten kompatibel mache. Und die dazu führen solle, zur Wahl des bürgerlichen Kandidaten Jacques Chirac beim zweiten Durchgang der Präsidentschaftswahl im kommenden April aufzurufen.

Am 22. Oktober hat Pierre Vial nun mit einigen Getreuen eine vierköpfige Abgeordnetengruppe (ehemalige MNR-Parlamentarier) unter der Bezeich-

nung „Europe Identité“ im Regionalparlament von Lyon gegründet. Der Presse erklärte er aus diesem Anlass, er wolle sich „mehr denn je auf die Frage eines Europas der Völker und der Regionen“ – im Sinne einer kontinentalen Rassenideologie – „konzentrieren“.

Der Austritt des Ultra-Extremisten Pierre Vial widerspiegelt auch das Aufkommen zentrifugaler Tendenzen beim Mouvement National Républicain. Die Partei, die 1999 als Abspaltung vom „klassischen“ Front National entstanden war, umfasste vor allem in der Anfangsphase „Dissidenten“ gegenüber Le Pen mit unterschiedlicher Couleur. Da waren sowohl die besonders extremistischen und aktivitätsdurstigen Elemente, darunter militante Neonazis. Auf der anderen Seite standen die anerkennungshungrigen, jüngeren, oft gut ausgebildeten Parteikader, die von einer Regierungsbündnis mit Konservativen nach italienischem Vorbild träumten. Diese Kräfte drohen dann auseinanderzustreben, wenn der Erfolg ausbleibt. Das stellenweise gute Abschneiden des MNR bei den Lokalwahlen im März 2001 (Vitrolles, Marignane) hat diese Spannungen vorübergehend zugedeckt. Doch mit dem Näherrücken der Präsidentschaftswahl droht dem MNR eine neue Durststrecke. Denn der kalte Strategie Mégret kommt zwar bei den rechtsextremistischen Kadern, nicht aber bei den Wählern gut an; mit 1,62 Meter Körpergröße fehlt ihm gerade vor einem autoritär eingestellten Publikum auch die Statur zum „starken Mann“. Bei der letzten Monatsumfrage des CSA-Instituts bezüglich der Präsidentschaftskandidaten schnitt Mégret im Oktober, mit 0,5 Prozent der Wahlabsichten, noch schlechter ab als im September (ein Prozent) – gegenüber acht Prozent für Le Pen. *Bernhard Schmid*

Hinweis

Berlin – Unter dem Motto „Wider das Vergessen“ führt der Verband deutscher Schriftsteller in Berlin am 9. November Lesungen und Diskussionen mit Schülerinnen und Schülern aller Schulstufen an Berliner Schulen durch. Die Schirmherrschaft des Projektes hat Bundestagspräsident Wolfgang Thierse übernommen. Beteiligt sind unter anderem die Autorinnen und Autoren Beate Morgenstern, Jan Elk, Charlotte Worgitzky, Felix Huby, Claudia Teschner, Horst Bosetzky, Gerda Szepansky und Lutz Rathenow.

Information und Anmeldung: 030/4414333 oder 030/45023874; E-Mail: robbechristian@web.de oder Biographie@t-online.de

Demokratische Initiativen**Mütter im NS-Staat**

Eine Ausstellung geht dem Alltag in den „Lebensborn“-Heimen auf den Grund.

Unendlich viel geforscht wurde zu den zahlreichen Institutionen der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland, doch der „Lebensborn“ kam dabei deutlich zu kurz. Die Bremer Journalistin Dorothee Schmidt-Köster befasst sich aber seit langem intensiv mit diesem geheimnisvollen Verein und seinen Aktivitäten. Wichtige Arbeitsergebnisse von ihr flossen in eine Ausstellung ein, die noch bis zum 16. Dezember im Fabrikmuseum der „Nordwolle“ in Delmenhorst besucht werden kann. Unter dem Titel „Deutsche Mutter bist du bereit ...?“ wird das Phänomen des „Lebensborn“ umfassend dargestellt, „in Deutschland zum ersten Mal in dieser Breite“, wie Museumsdirektor Gerhard Kaldewei betont. Dabei soll auch mit dem Mythos Schluss gemacht werden, wonach es sich beim „Lebensborn“ um eine Einrichtung zur gezielten Menschenzucht gehandelt habe. Vielmehr agierte er als eine Art Adoptionsstelle. In den „Lebensborn“-Heimen konnten schwangere Witwen von SS-Leuten oder ledige Frauen, die von einem SS-Mann schwanger waren, ihr Kind gebären. Vorher mussten sie sich allerdings einer gründlichen „weltanschaulichen und rassischen Überprüfung“ unterziehen. Nach der Geburt durften die Frauen ihre Kinder dem Lebensborn überlassen und zurück in ihre Heimorte gehen. Nach der Niederkunft wurde eine so genannte Namensgebungsfeier angesetzt. Deren Höhepunkt: Der Heimleiter hielt einen SS-Dolch über das Kind, berührte es damit und sprach: „Ich nehme Dich hiermit in den Schutz unserer Sippengemeinschaft und gebe Dir den Namen xx. Trage diesen Namen in Ehren!“

Rund 8 000 Kinder kamen in den neun deutschen „Lebensborn“-Heimen zur Welt, und 6 000 in den acht norwegischen Häusern; in den okkupierten Ländern wie Polen wurden fünf Heime betrieben. Norwegen hatte eine besondere Funktion, galt es doch den Nazis als „Stammland der germanischen Rasse“. Der Umgang deutscher Soldaten und SS-Männer mit Norwegerinnen war von der Nazi-Führung ausdrücklich gewollt.

Dass die Ausstellung gerade im Fabrikmuseum in der „Nordwolle“ gezeigt wird, kommt nicht von un-

gefähr. In der Landvilla „Hohehorst“ in der Gemeinde Löhnhorst nördlich von Bremen hatte einst das „Heim Friesland“ des „Lebensborn“ seinen Sitz, und diese Villa gehörte ursprünglich der Unternehmerfamilie Lahusen, die 1884 die „Nordwolle“ gegründet hatte. 1931 ging die „Nordwolle“ in Konkurs. Nach 1945 diente „Hohehorst“ als Krankenhaus. Seit 1981 betreibt dort die Bremer Drogenhilfe e.V. ein Therapiezentrum.

Am 25. April 1938 wurde die erste Entbindung im „Heim Friesland“ registriert. Während der Kriegswirren musste das Areal im Januar 1941 evakuiert werden, wurde jedoch später bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs als Erholungsheim genutzt. Bis dahin kam es zu 217 Geburten, zu 68 ehelichen und 149 unehelichen. Erfasst wurden die Geburten von hauseigenen Standesämtern. 69 waren „Geheimfälle“, wobei der Name des Vaters lediglich dem „Lebensborn“ bekannt war.

Die Schaffung von „Lebensborn“ am 12. Dezember 1935 ging auf eine persönliche Initiative des SS-Reichsführers Heinrich Himmler zurück. In der Satzung des Vereins wurde festgelegt, „rassisch und erbbiologisch wertvolle, kinderreiche Familien zu unterstützen“ sowie „rassisch und erbbiologisch wertvolle werdende Mütter unterzubringen und zu betreuen, bei denen nach sorgfältiger Prüfung der eigenen Familie und der Familie des Erzeugers anzunehmen ist, dass gleich wertvolle Kinder zur Welt kommen.“ Organisatorisch gehörte der „Lebensborn“ zum „Rasse- und Siedlungshauptamt“, einer Mammutbehörde mit sieben Unterabteilungen, die sich unter anderem um die Verbreitung des „Rassegedankens“ und die Überwachung der „rassisch erwünschten Auslese“ kümmerte.

In der Delmenhorster Ausstellung wird dem „Lebensborn“-Verein und dem Alltag der Frauen in den „Lebensborn“-Heimen auf den Grund gegangen, mittels Fotos, Videos, Tondokumenten und Objekten. Eine Schulklasse, in der die Mütter in „Rassenlehre“ unterrichtet wurden, findet der Besucher ebenso vor wie nachgebaute Stuben, in denen die Frauen lebten. Die Ausstellung wird von einem vielfältigen Begleitprogramm umrahmt. Das besteht unter anderem aus Lesungen und Gesprächsabenden, Filmvorführungen, speziellen Angeboten für Schulklassen und Exkursionen zum „Haus Hohehorst“ in der Gemeinde Löhnhorst. Im nächsten Jahr soll die Ausstellung, gefördert von der Bundeszentrale für Politische Bildung in Bonn, in weiteren Städten präsentiert werden. *Thomas Klaus*

Demokratische Initiativen**Grenzen der Toleranz**

Immer häufiger wird in jüngster Zeit die Kreisstadt Grimma im sächsischen Muldental zum Anlaufpunkt für größere Aktionen der NPD. Am 8. September hatte dort das Pressefest der „Deutschen Stimme“ stattgefunden, das letztlich zu einem organisatorischen und politischen Desaster für die NPD wurde. Damals hatte sich die Bevölkerung mit einer breiten Aktion „Bunte Vielfalt statt brauner Einfalt“ zur Wehr gesetzt. Für den 10. November hat die NPD eine neuerliche Demonstration, aus Anlass des Mauerfalls, angekündigt. Martialisch und mit Fackeln will sie durch die Stadt marschieren, um abschließend mit einem Feuerwerk Menschen anzulocken. Zeitgleich plant die thüringische NPD einen Aufmarsch in Gera. Man hofft wohl, im Fall des Verbots der einen Demonstration die Teilnehmer auf die andere umlenken zu können.

Für die Bevölkerung Grimmas aber gilt mehr denn je: „Unsere Toleranz hat Grenzen“. So jedenfalls der Titel eines Flugblatts des kreisweiten „Muldentaler Forums“, das sich zum Ziel gesteckt hat, im breiten gesellschaftlichen Bündnis Rassismus und neonazistisches Gedankengut im Kreis zurückzudrängen. Verteilt werden soll das Flugblatt während einer Plakatieraktion an der Demostrecke der NPD. Dazu wurde eigens vom Bürgermeister ein Wettbewerb unter Schülern ausgeschrieben: „Wir sind nicht nur gegen die NPD, sondern wir treten gemeinsam für konkrete Inhalte ein“, erklärt ein Sprecher des örtlichen Bündnisses, das von der CDU und den Kirchen bis zur PDS reicht. „Als Christen haben wir eine besondere Verantwortung“, sagt Pfarrer Christian Behr. Das Bündnis reicht über Podiumsdiskussionen bis hin zu Konzerten. „Wir wollen hier keine Nazis“, so der Drogist Georg Dornig, „unsere Toleranz hat Grenzen“. *Volkmar Wölk*

Hinweis

Tübingen – Im Rahmen der Tübinger Wochen gegen Rassismus, Neonazismus und Antisemitismus, findet am 3. November eine Demonstration gegen den rechtsextremen Grabert-Verlag statt. Am 7. November wird die Berliner Historikerin Juliane Wetzel zum Thema „Der Geschichtsrevisionismus und der Tübinger Grabert-Verlag“ referieren. Die Veranstaltung findet um 20.00 Uhr im Tübinger Städtischen Kulturamt statt.

Demokratische Initiativen**Solider Überblick****Rechtsextremismus in Stichwörtern**

Seit Gründung war die Bundesrepublik Anfeindungen von Rechts ausgesetzt. Von der SRP über die NPD bis hin zu Kameradschaften, Skinheads und bei demokratischen Wahlen um Stimmen buhlende Rechtsausleger wie DVU und REP – alle Gruppierungen kämpfen für politische Vorstellungen, die einem freien und pluralistischen Gemeinwesen diametral entgegen stehen.

Einen soliden Überblick über Organisationen, Ideologien und Strategien rechtsextremer Parteien und Zusammenschlüsse bietet eine Broschüre des Hamburger Verfassungsschutzes. Auf den ersten Seiten wird der Unterschied der Begriffe „radikal“ und „extremistisch“ erklärt, kurz die Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik skizziert und der soziale Hintergrund der Aktivisten referiert. Auf knapp 150 Seiten folgt die Erklärung von 200 Stichwörtern – von Aktionsbüro Deutschland bis Zentralorgan.

Das kleine Lexikon wendet sich an Lehrer, Erzieher und Schüler. Es ist aber auch als Handreichung für Medienarbeiter geeignet, die gelegentlich zum Thema Rechtsextremismus arbeiten und verlässliche Informationen beispielsweise über den rassistischen Nordischen Ring oder die publizistischen Speerspitzen der Rechten suchen. Ein kurzer Blick unter den Stichwörtern „National-Zeitung“ oder „Junge Freiheit“ verschafft einen ersten Überblick. Hilfreich und interessant sind auch Statistiken zur Gesamtzahl rechtsextremistischer Straftaten und deren Aufschlüsselung, die Erläuterung von rechten Symbolen, Fahnen und Erkennungszeichen, die Listen mit verbotenen Organisationen und Wahlergebnissen von DVU, REP und NPD. Zitiert und erläutert werden auch die einschlägigen Paragraphen des Strafgesetzbuches zur Bekämpfung rechter Umtriebe. Unter Strafe nach § 86a StGB gestellt sind zum Beispiel Hakenkreuze, Nazilieder, der so genannte Hitler-Gruß, „Führerporträts“ oder Sigrunen, wie sie die SS verwendet hat. Wer gegen das Verbot verstößt, muss mit einer Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe rechnen. *Volker Stahl*
Landesamt für Verfassungsschutz (Hg.): Rechtsextremismus in Stichworten. Ideologien – Organisationen – Aktivitäten, 159 Seiten; kostenloser Bezug über:
Behörde für Inneres, Johanniswall 4, 20095 Hamburg, Telefon 040/24 44 43, Fax -/33 83 60

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten****„Junge Freiheit“ (JF), 16. Jg., Nr. 41-43/01:**

Es keimt wohl die Hoffnung in der JF, dass die Schill-Partei den nicht besetzten Platz einer „pointiert rechtskonservative(n) Partei als Ergänzung der sozialdemokratisierte(n) CDU“ einnehmen werde. Zum Erfolgskonzept gehöre es, dass die Schill-Partei „mit ihrer pauschalen Abgrenzung ‘nicht mit dem Virus des Rechtsextremismus infiziert’“ wurde, somit keine „Addition der Erfolglosen“ – nach dem unaufhaltsamen Niedergang der REP – betreibe und die Wähler der Rechtsextremen gewinnen wolle, wird festgehalten. „Uneingeschränkte Zustimmung“ zum Programm und Kurs Schills bekundet laut JF auch Joachim Siegerist mit seinen Deutschen Konservativen, die Wahlkampfunterstützung für Schill geleistet haben wollen. Bedauert wird mithin, dass die Schill-Partei nicht in Berlin angetreten sei, die dortige FDP unter dem Landesvorsitzenden Rexrodt habe die „letzten Nationalliberalen“ gespalten, „teils eingekauft, teils mundtod gemacht“, kritisiert die JF (41, 42, 43/01). Überhaupt sei die Kriminalität in Berlin in erster Linie ein Ausländerproblem, merkt Ronald Gläser an, bilde doch die Stadt eine „Sammelstelle für Kriminelle aus aller Herren Länder“ (41/01). Michael Wiesberg sieht die „Waffe ‘Politischer Korrektheit’“, die „gegen ‘Rechts’ bedenkenlos eingesetzt“ wurde, nun auf deren Initiatoren, er nennt insbesondere Tagesthemen-Moderator Ulrich Wickert, gerichtet, die gezwungen würden, „politisch-korrekt die Politik der USA ohne Wenn und Aber mitzutragen“. Die – sonst stets gescholtenen – 68er würden „Opfer von Fahndern nach politisch Unkorrektem“ in einem Land, das in die US-Politik „regierungsamtlich ‘ohne Vorbehalte’“ miteinzustimmen habe (43/01). Für Werner Olles ist die „bis zur Selbstverleugnung proamerikanische Linke“ ein „missratenes Kind“ der 68er. In den USA hätte diese Linke nun ihr „grenzenloses multikulturelles Weltreich“ gefunden (42/01). Berichtet wird, dass am JF-Stand auf der Frankfurter Buchmesse Alain de Benoist sein neues Werk „Totalitarismus. Kommunismus und Nationalsozialismus – die andere Moderne 1917 – 1989“ vorgestellt habe. Dem Bericht zufolge verwies Benoist dabei nicht zuletzt auf den „Totalitarismus des Westens“ (43/01). Fritjof Berg schilt Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, der da in einer Rede am Tag der Einheit noch dazu in Beisein des polnischen Staatspräsidenten

in „ostdeutsch“ verwandelt habe, was doch „miteldeutsch“ sei (42/01). (gn)

„Nation&Europa“ (NE), 51. Jg., Nr. 10/2001:

Die beiden Hauptthemen des Heftes sind die Auseinandersetzung mit den Terroranschlägen auf New York und Washington sowie mit dem unter anderem als Fernsehmoderator tätigen Zentralratsvize der Juden Michel Friedman. Franz Schönhuber zeigt sich beleidigt, dass er bei ihm nicht auftreten darf und legt das als Zeichen der Angst vor den „diskussionssichere(n) Persönlichkeiten aus dem rechten Lager“ aus. Er rät „uns in Acht und Bann geschlagenen weltoffene(n) Patrioten“, den Aufstand zu proben, wie weiland Spartakus. Schönhuber lobt seine Kontakte zu Juden und wirft F. vor, den Nährboden für Antisemitismus zu schaffen. Im gleichen Tenor kommentiert Hilmar Gerber die Verweigerung von Rechtsschutz für Friedman durch das Landgericht Kempten gegen die Bezeichnung als „Zigeunerjude“ (s. BNR 18/01). Die Deutsche Aufbauorganisation von Alfred Mechttersheimer bezeichnet in einer Erklärung die Vorgänge vom 11. September als Angriff auf die „globale Amerikanisierung“ und bekundet Mitleid mit den Opfern von Korea über Nagasaki bis Dresden. Das ist auch das Thema von Harald Neubauer und Karl Richter. Neubauer versteigt sich angesichts des Aufenthalts eines der Terroristen in Hamburg zu der Lyrik, der Tod sei wieder einmal ein Meister aus Deutschland gewesen. Gegeißelt wird die Erhöhung der Zigarettensteuer zur Finanzierung des Sicherheitspakets der Regierung. Richter spricht mit Blick auf die Angriffe auf Afghanistan von einer „Weltallianz des Lynchrechts“, hätte sie früher bestanden, habe die Bundesrepublik die DDR angreifen können, weil sich dort westdeutsche Terroristen versteckt hielten. Er verkleistert seine Attacke mit bekanntem Antisemitismus, die „Ostküsten-Lobby“, im Klartext die Juden, hätte ihren Profit gezogen, indem Ariel Scharon den Angriff als israelisches Recht auf „Vergeltung“ interpretiere (der US-Druck auf Rückzug aus den besetzten Gebieten spricht für das Gegenteil). In einem eher larmoyanten Text sieht Mechttersheimer das Ende der Demokratie nahen, anders als in Österreich gebe es keinen freiheitlichen öffentlichen Diskurs, die Eliten seien verbraucht. Als deus ex machina empfiehlt er sich selbst in Gestalt einer „Macht von unten“. Herbe Vorwürfe zieht der bayerische Innenminister Günther Beckstein auf sich, weil er die Burschenschaft Danubia im Verfassungsschutzbericht erwähnt und Teutonia (Regensburg) beziehungsweise Frankonia (Erlangen) beobachten lasse. (khr)

Aktivitäten**„Kampf der Werte“**

Die rechtsextremen Vereine Freundeskreis Ulrich von Hutten und Deutsche Kulturgemeinschaft Österreich veranstalten vom 2. bis 7. November im süddeutschen Raum ihre 25. Gästewoche. Der Leitsatz der geschlossenen Veranstaltung lautet: „Kampf der Werte gegen die Zerstörungswelle des Amerikanismus. Um die gewachsenen Kulturen Europas als dem geistig-schöpferischen Lebenswillen seiner Völker“. Eröffnet wird die Gästewoche durch die Vorsitzende der beiden Organisationen Lisbeth Grolitsch (Jg. 1922), einst Gau-Unterführerin im Bund Deutscher Mädel (BDM).

Referieren werden unter anderem die Österreicher Herbert Schweiger (SS-Untersturmführer der Division „Leibstandarte Adolf Hitler“, Mitbegründer der verbotenen Nationaldemokratischen Partei Österreichs), Schweigers „Ziehsohn“ Andreas Thierry, der gute Kontakte zur NPD unterhält, sowie Günter Rehak (Autor in Blättern wie „Die Umwelt“, „Eckartbote“ oder „Deutschland“). Teilnehmer sind neben anderen: Eric Kaden aus dem Umfeld der verbotenen Organisationen Nationalistische Front und Wiking-Jugend (WJ), Rolf Reuter (DDR-Nationalpreisträger, Unterzeichner des revisionistischen „Appells der 100“), Eduard Peter Koch (Autor der holocaustleugnenden Schrift „Sleipnir“, Referent bei den „Mitteldeutschen Vortragstagen“, der Nachfolgeveranstaltung der „Hentendorfer Tagungswoche“), Bringfriede Jung (Autorin der „Jungen Freiheit“, Referentin der „Hentendorfer Tagungswoche“), Dietrich Schuler (Referent bei der Bewegung deutsche Volksgemeinschaft), Gerd Zikeli (früher Die Deutsche Freiheitsbewegung), Wolfram Nahrath (NPD-Funktionär, ehemals WJ-Bundesführer) und die Ex-WJ-Kader Matthias Ries und Hartmut Wilhelm.

Musikalisch umrahmt wird die Veranstaltung von dem österreichischen Neonazi Franz Radl. Radl ist seit etwa 1988 in der Szene aktiv und pflegt seit Jahren Kontakte zu dem einstigen VAPO-Anführer Gottfried Küssel. In einem Kassiber an den damals wegen NS-Wiederbetätigung inhaftierten Küssel rief Radl zur Bildung von „geheimen Kadern“ auf: „Wir müssen uns langsam aber sicher daran gewöhnen, in militärischen und geheimdienstlichen Begriffen zu denken. Nur so können wir in Zukunft die Schläge des Gegners parieren.“ A.M.

Demokratische Initiativen**Thema Migration**

Vom 9. bis 11. November 2001 findet zum dritten Mal die Bonner Buchmesse Migration statt. Etwa 50 Verlage, Vereine und Institutionen – unter ihnen der Beck Verlag, Rowohlt und der Europa Union Verlag – werden in diesen Tagen im Haus der Geschichte, Bonn, ihre Arbeit und ihre Publikationen vorstellen. Viele der Teilnehmer waren schon bei den letzten beiden Messen dabei.

Dem Publikum werden nicht nur Büchertische geboten: Lesungen, Vorträge, Filmvorführungen und Diskussionen rund um das Thema Migration machen die Problematik auf verschiedene Weise anschaulich und begreifbar. Am Freitag, den 9. November, finden Lesungen für Schulgruppen statt. Um 19.00 Uhr beginnt in Zusammenarbeit mit dem WDR Funkhaus Europa eine Diskussion zum Thema „Rassismus geht uns alle an“, an der unter anderem Christoph Butterwege, Karamba Diaby und Wolfgang Riotte, Staatssekretär des nordrhein-westfälischen Innenministeriums, teilnehmen werden. Auch Jörg Fischer, Aussteiger aus der rechten Szene und Buchautor, hat sein Kommen zugesagt. Das PEN-Zentrum Deutschland lädt am Samstag zu einer Diskussion zum Thema „Verfolgte Schriftsteller und Literatur im Exil“ ein, zu der Aiche Bouabaci (Algerien), Jiri Grusa (Tschechische Republik), Karin Clark (PEN Deutschland) und Shi Ming (China) erwartet werden. Die Diskussion wird live vom NDR aufgezeichnet.

Während der gesamten Buchmesse ist die Ausstellung „Migration in der Karrikatur“ zu sehen, die Arbeiten von Heitzinger, Starke, Mester und vielen anderen zeigt.

Veranstaltet wird die Bonner Buchmesse Migration vom Bonner Institut für Migrationsforschung und interkulturelles Lernen e.V. (BIM), das sich seit 1995 durch wissenschaftliche und praxisbezogene Projekte mit dem Themenkomplex Einwanderung auseinandersetzt. Marieluise Beck, Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen und Bärbel Dieckmann, Oberbürgermeisterin der Stadt Bonn, haben die Schirmherrschaft übernommen.

Das ausführliche Programm ist unter www.bimev.de abrufbar. Kontakt: Hıdır Çelik, Tel. 0228/68 74 91, Fax -/9 69 13 76. Der Eintritt ist an allen Tagen kostenlos! Heike Steinmetz

Bücherschau

Grausamer Pogrom

Rund 1 600 Menschen fielen im Sommer 1941 in einer ostpolnischen Kleinstadt dem Pöbel zum Opfer.

Es geht um die Ermordung der Juden im ostpolnischen Jedwabne, das Anfang der 40er Jahre des vergangenen Jahrhunderts um die 2 500 Einwohner hatte. Zwei Drittel von ihnen waren Juden. Nach dem Hitler-Stalin-Nichtangriffspakt vom August 1939 und dem deutschen Überfall auf Polen vom 1. September 1939 besetzte die Rote Armee Ostpolen und damit auch Jedwabne. Viele Juden waren damals erleichtert, weil sie wussten, dass ihnen unter deutscher Herrschaft der sichere Tod drohte. Die Sowjets diskriminierten und verschleppten zwar viele Juden, aber der Kreml übte keinen Völkermord.

Im Sommer 1941 war es mit der Ruhe vorbei. Hitler hatte am 22. Juni die Sowjetunion überfallen und damit geriet auch Ostpolen unter deutsche Herrschaft. Kaum waren deutsche Verbände in Jedwabne eingerückt, begann einer der grausamsten Pogrome der Neuzeit. Szmul Wasersztajn, einer der wenigen Überlebenden, schilderte den Massenmord im April 1945 der Jüdischen Historischen Kommission im benachbarten Bialystok so:

„... Auf Krawecki stachen sie mit Messern ein, danach rissen sie ihm die Augen aus und schnitten ihm die Zunge ab. Zwölf Stunden lang quälte er sich unmenschlich, ehe er seine Seele aushauchte ... Alten Juden wurde der Bart verbrannt, Säuglinge wurden an der Mutterbrust getötet, Leute wurden unter mörderischen Schlägen zum Singen und Tanzen geschwungen. Schließlich schritt man zur Hauptaktion, der Verbrennung ... alle mussten singen, während man sie zur Scheune trieb. Dann wurde die Scheune mit Benzin begossen und in Brand gesteckt, woraufhin die Banditen die jüdischen Behausungen nach zurückgebliebenen Kranken und Kindern absuchten. Die Kranken, die sie fanden, trugen sie selbst zur Scheune, die kleinen Kinder banden sie zu mehreren an den Beinchen zusammen und schleppten sie auf dem Rücken herbei, legten sie auf Mistgabeln und warfen sie auf die glühenden Kohlen.“ (S. 25/26)

Deutsche Besatzer fotografierten das Massaker und mahnten die Mörder, nicht zu grausam zu sein. Oh-

ne Erfolg. Etwa 1 600 Kinder, Frauen und Männer fielen dem Pöbel zum Opfer. Jan Gross hat zwar viele Fotos von den Opfern gefunden, aber keines von dem Pogrom. Deshalb schließt er sein Buch mit der Bitte: „Schauen Sie auf Ihrem Dachboden und in Ihren Familienalben nach. Wir sollten – im eigenen Interesse wie im Interesse der Opfer – bestrebt sein, alle vorhandenen Beweise dieses entsetzlichen Verbrechens zu sammeln und zu bewahren.“ (S. 124)

Beamte des polnischen Staatssicherheitsdienstes nahmen im Januar 1949 in Jedwabne 15 Männer unter Mordverdacht fest. Die Beweiserhebung dauerte ganze zwei Wochen. Dann wurden die meisten Angeklagten freigesprochen. Von einer sorgfältigen Hauptverhandlung kann keine Rede sein.

Im Herbst 1998 wurde der aus Polen stammende und in New York lehrende Historiker Jan T. Gross gebeten, sich an der Festschrift für einen polnischen Kollegen zu beteiligen. Gross hatte sich schon früher mit dem Pogrom von Jedwabne beschäftigt und griff nun das Thema für ein Buch auf. Als es Anfang des Jahres in englischer Sprache erschien, brach in Polen ein Sturm der Entrüstung aus. Gross wurde beschimpft, als Nestbeschmutzer diffamiert – wir kennen das hierzulande bei Versuchen, die eigene Geschichte aufzuarbeiten. Gross hat allerdings für alles überzeugende Beweise. Jedes Zitat ist im umfangreichen Anhang belegt. Es gibt freilich auch unverdächtige Autoren, die ihm widersprechen. Thomas Urban, erfahrener Polen-Korrespondent der angesehenen „Süddeutschen Zeitung“, meint, beweisen zu können, dass auch deutsche Besatzer aktiv mitgemordet haben. Die konservative „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ rät zum Abwarten, weil das Polnische Institut für Nationales Gedenken an einem umfangreichen Weißbuch arbeite, das frühestens Anfang nächsten Jahres erscheinen soll.

Hier allerdings geht es in erster Linie um das Buch „Nachbarn“ von Jan Gross. Es hat eine wichtige Diskussion angestoßen, was gut und gelungen ist. Damit hat das Buch seine eigene Bedeutung, wobei Gross ausdrücklich mehrfach feststellt, dass all jenes Grauen nur mit ausdrücklicher deutscher Billigung möglich war. Das sollte nie vergessen werden.

Heiner Lichtenstein

Jan T. Gross, Nachbarn. Der Mord an den Juden von Jedwabne. C.H. Beck-Verlag, München 2001, 196 Seiten mit zahlreichen Abbildungen, 36 Mark.

Bücherschau

Konzepte entwickeln

Sind fremdenfeindliche Übergriffe und teilweise beachtliche Wahlerfolge von rechtsextremen Parteien ein Kennzeichen für ein Erstarken des Rechtsextremismus? Und wie können der Staat und die Gesellschaft darauf reagieren? Wilfried Schubarth und Richard Stöss versuchen, die Entwicklungslinien von Rechtsextremismus in einem umfassenden Sammelband mit Aufsätzen von namhaften Experten nachzuzeichnen und aufzuzeigen, wie Politik und Gesellschaft Rechtsextremismus wirksam entgegentreten können.

Gero Neugebauer unterscheidet in seinem Beitrag zwischen normativer und amtlicher Definition von Rechtsextremismus. Extremismus ist demnach einerseits ein Begriff, der Einstellungen und Ziele umfasst, die sich gegen den demokratischen Verfassungsstaat richten, amtlich hingegen erklärt das Bundesverfassungsgericht alle Handlungen, „die darauf zielen, die freiheitliche demokratische Grundordnung funktionsunfähig zu machen, um sie letztlich zu beseitigen“ als extremistisch. Das Extremismuskonzept sei jedoch zu eindimensional um die Komplexität wiederzugeben, da Persönlichkeitsmerkmale, wie Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus, genauso wie fortschreitender sozialer Wandel dazugehören.

Neben diesen Definitionsmöglichkeiten beschäftigen sich die Beiträge weiter mit den Erscheinungsformen rechtsextremistischer Organisationen in Deutschland: Armin Pfahl-Traughber beleuchtet das rechte Parteienspektrum seit 1945 und kommt zu dem Ergebnis, dass das rechtsextremistische Lager zu keiner Zeit in der Lage gewesen wäre, den „bestehenden demokratischen Verfassungsstaat in seiner Existenz zu gefährden“, da beispielsweise keine Regierungsverantwortung übernommen werden konnte. Trotzdem dürfe das gesellschaftliche Sympathiepotenzial nicht unterschätzt werden. Den Kampf gegen die „Überfremdung“ des deutschen Volkes und für die Transformation der staatlichen Ordnung in einen völkischen Nationalismus stellt Richard Stöss als einen zentralen Bestandteil der Politik des Rechtsextremismus heraus. Dabei bedeutet diese „Überfremdung“ weniger antisemitische als vielmehr fremdenfeindliche Einstellungen, zeigt der Soziologe Werner Bergmann auf. Antisemitische Einstellungen besitzen allerdings

weiterhin eine beunruhigend große Stellung innerhalb rechtsextremer Ideologie. Die einzelnen rechten Milieus sind sich einig darüber, dass multikulturelle Kulturen abzulehnen sind, stellt Bernd Wagner fest. Er unterscheidet zwischen rechtsextremen Organisationen und rechtsextremer Jugend: Rechte Parteien haben Probleme Nachwuchs zu finden, im Gegensatz zu neonazistischen Gruppierungen oder Parteien.

Wie sehen nun wirkungsvolle Strategien in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus aus? Schubarth betont, dass ursachenbezogene und mehrdimensionale Konzepte weiter verfolgt werden müssen, er kritisiert aber gleichzeitig Kontinuität und Kurzatmigkeit praktisch-pädagogischer Arbeit. Praxisgerechte Jugendarbeit zeichne sich vor allem dadurch aus, so der Pädagoge Franz-Josef Krafeld, dass man den Jugendlichen zuhört und Interesse an ihrer Situation zeigt. Er plädiert für eine gerechtigkeitsorientierte Jugendarbeit, die Interessen, Bedürfnisse und den Gerechtigkeits-Begriff in den Mittelpunkt stellt. Das Konzept der streitbaren Demokratie sei durchaus geeignet das Leben rechtsextremer Organisationen zu erschweren, betont der Sozialwissenschaftler Hans-Gerd Jaschke. In jüngster Zeit konzentriere sich die Auseinandersetzung auf eine zweigleisige Strategie aus Repression (zum Beispiel das NPD-Verbot) und präventiven Konzepten in der Jugendarbeit, so der Wissenschaftler in seinem Beitrag.

Abgerundet wird der Band durch eine große Auswahlbibliografie zum Thema Rechtsextremismus. Schubarth und Stöss legen durch diesen Sammelband mit Aufsätzen von Politikern, Soziologen und Erziehungswissenschaftlern einen umfassenden Überblick über den aktuellen Stand der Rechtsextremismusforschung dar, viele Beiträge bleiben aber bei Lösungsansätzen wenig konkret. Für ein Buch, das tatsächlich zum Handeln anregen sollte, bleibt das Resultat zu wenig greifbar. Ein gerechtigkeitsorientierter Lösungsansatz beispielsweise ist sicherlich wünschenswert, dabei wird aber zum Teil verkannt, dass sich rechte Jugendliche weniger auf sachliche Diskussionen und vernünftige pädagogische Ansätze einlassen, sondern eher ein Ventil für ihren angestauten Zorn brauchen.

Daniel Krüger

Winfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Leske+Budrich, Opladen 2001, 358 Seiten, 36 Mark.

Meldungen

Inland

■ **Berlin** – Die NPD plant ihre Kampagne gegen die Wanderausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ neu zu beleben. Am 1. Dezember 2001 will sie in Berlin unter dem Motto „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht!“ eine bundesweite Großdemonstration gegen die Wiedereröffnung der Wehrmachtsausstellung durchführen. In der „Deutschen Stimme“ erklärte Parteichef Udo Voigt: „...ich erwarte die Unterstützung aller deutsch denkenden Menschen, unabhängig von Parteibuch oder Organisationsform.“ Damit steht zu befürchten, dass der gemeinsame Kampf gegen die Wehrmachtsausstellung erneut dazu dienen soll, die fraktionierte deutsche Neonaziszene zusammenzubringen. Am 1. März 1997 gelang es der NPD, in München über 5 000 Rechtsextremisten gegen die Wehrmachtsschau zu mobilisieren. Es folgten Demonstrationen der Neonaziszene in fast allen Städten, in denen die Ausstellung gezeigt wurde.

■ **Berlin** – Die Bundesregierung hat in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der PDS „Rechtsextreme Aktivitäten in der Bundesverwaltung“ (BT-Dr. 14/7051) zugegeben, dass der im Bundesverkehrsministerium tätige Regierungsdirektor Josef Schüßlburner „seit 1993 regelmäßig Beiträge in rechtsextremistischen Publikationen“ veröffentlicht und „zumindest seit 1995 als Vortragender bei rechtsextremistischen Veranstaltungen“ auftritt. Der „blick nach rechts“ hatte in seiner Ausgabe 19/01 auf die rechtsextremen Umtriebe von Schüßlburner aufmerksam gemacht.

■ **Berlin** – Die Sicherheitsbehörden haben im September insgesamt 333 rechtsextreme Straftaten, davon 22 Gewalttätigkeiten, registriert. Dies teilte die Bundesregierung auf eine Anfrage der PDS-Fraktion (BT-Dr. 14/7049) mit. Einem Tötungsversuch und sieben (von insgesamt 18) Körperverletzungen lag fremdenfeindliche Motivation zugrunde. Für die ersten neun Monate des Jahres 2001 beläuft sich die Zahl der bekannt gewordenen rechtsextremen Straf- und Gewalttaten somit auf 9131 Vorfälle.

■ **Berlin** – Zur Gefangenenerstützung und für die Anwaltskosten der inhaftierten Mitglieder der Neonaziband „Landser“ (s. S. 4) wurde am 16. Oktober bei der Dresdner Bank in Berlin ein Konto eingerichtet. Als Konto (Verwendungszweck:

„Freiheit“) ist die Bankverbindung des Verteidigers der Angeklagten, Carsten Schrank, angegeben. Schrank ist Unterzeichner der Initiative „Ja zu Deutschland – Ja zur NPD“ von Horst Mahler. Rechtsanwalt Schrank hat unter anderem bereits den Neonazi Klaus Neubauer, Alexander Kleber, Spitzenfunktionär der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen, und die NPD vor Gericht vertreten.

■ **Dresden** – Gegen 13 Mitglieder der neonazistischen Skinheads Sächsische Schweiz (SSS) liegen Anklagen bei der Staatsschutzkammer des Landgerichts Dresden vor. Die Skinheads werden von der Staatsanwaltschaft beschuldigt, eine kriminelle Vereinigung gebildet zu haben. Dazu kommen weitere Delikte wie Landfriedensbruch, Körperverletzung und Volksverhetzung. In den nächsten Wochen sollen weitere Mitglieder der SSS angeklagt werden. Die Organisation war im April dieses Jahres vom sächsischen Innenministerium verboten worden (vgl. BNR 8/01). Ehemalige Anhänger der SSS haben am 6. Oktober zwei Jugendliche in Pirna schwer verletzt. Die Opfer wurden vor dem Jugendhaus „Hanno“ in Pirna von mehreren Rechtsextremisten verprügelt. Der „Nationale Widerstand Pirna“ war zusammen mit der SSS und der „Aufbauorganisation der SSS“ im April verboten worden.

■ **Düsseldorf** – In der rechtsextremen Monatszeitschrift „Nation&Europa“ (Oktober) macht Holger von der Heydt darauf aufmerksam, dass sich monatlich ein Stammtisch der DVU in Düsseldorf trifft. In einschlägigen Kreisen ist Heydt bekannt als Unterstützer für inhaftierte Neonazis. So hat er unter anderem den Machern des Neonazi-Blattes „Der Weisse Wolf“ ein Paket für einsitzende Gleichgesinnte zukommen lassen. 1997 kritisierte er in einem Leserbrief in der JN-Schrift „Einheit und Kampf“ den DVU-Vorsitzenden Gerhard Frey wegen dessen Abgrenzungspolitik gegenüber NPD und Jungen Nationaldemokraten. Jüngst machte von der Heydt mit einem Leserbrief im STERN auf sich aufmerksam. Er bezweifelt, dass die Mehrheit der Muslime die Anschläge in den USA „wirklich als Sünde“ ansehen würde.

■ **Langen** – Heinz Kronz (Jg. 1967) aus Langen, Chef des Ordnerdienstes (OD) der Neonazi-Minisektierergruppe „Kampfbund Deutscher Sozialisten“ (KDS), ist neuerdings „Träger des Silbernen Michael-Kühnen-Ehrenzeichens“. Der vom KDS ausgezeichnete Neonazi gehörte schon Ende der 80er Jahre der „Kampfgemeinschaft um Kühnen“

an, war für die „Nationale Sammlung“ (NS) aktiv und bei „Rudolf-Heß-Gedenkmärschen“ zugegen. Zuletzt war er bei der Neonazi-Demo am 1. Mai in Frankfurt dabei.

■ **München** – Michael Praxenthaler (34), ehemals bayrischer JN-Pressesprecher und NPD-Landesgeschäftsführer, wurde vom Landgericht München wegen Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu einer sechsmonatigen Freiheitsstrafe verurteilt. An einem NPD-Infostand hatte er im Oktober 2000 verkündet: „Die einzigen anständigen Toten in Dachau waren die Soldaten der Waffen-SS.“ Verteidigt wurde der arbeitslose Rechtsextremist von der Rechtsanwältin Sabine Eisenrigler, die der Meinung war, es könne sich durch den Satz niemand beleidigt fühlen, da „niemand konkret genannt wurde“. In erster Instanz war Praxenthaler im März dieses Jahres vom Amtsgericht zu neun Monaten Haft verurteilt worden.

■ **München** – Die juristische Aufarbeitung des Überfalls von Neonazis auf einen Griechen im Januar dieses Jahres (vgl. BNR 15/01) wurde Ende September vor der Jugendkammer des Landgerichts München fortgesetzt. Bei den Hauptangeklagten Maria von Papen (18), Christoph Schulte (20) und Dominik Brodmerkel (19) lautet die Anklage auf Mord. Gegen Norman Bordin (25) und Andreas Kühr (19) wird wegen gefährlicher Körperverletzung verhandelt. Gleich zu Beginn der Verhandlung am 27. September schloss der Richter die Öffentlichkeit aus. Für einen weiteren negativen Höhepunkt des Verfahrens sorgte der Schöffe Peter Knott. Die Staatsanwaltschaft beantragte, den Laienrichter abzulehnen, da er seit Anfang der 90er Jahre den rechtsextremen Republikanern angehört. Das Gericht entschied Mitte Oktober zu Gunsten des langjährigen REP-Mitglieds auf Nichtbefangenheit. Der Schöffe habe sich „innerhalb oder außerhalb des Verfahrens nicht fremdenfeindlich oder rassistisch geäußert oder verhalten“, so der Richter. Norman Bordin alias Nordmann stand außerdem als Angeklagter vor dem Amtsgericht München am 25. Oktober in einem Verfahren wegen Körperverletzung, Volksverhetzung und Beleidigung. Verurteilt wurde Bordin zu einer Geldstrafe wegen Beleidigung in zwei Fällen.

■ **Remscheid** – Die rechtsextreme Vereinigung Gesamtdeutsche Politik (VGP; Postfachadresse in Remscheid) verschickt derzeit unaufgefordert ein 2-seitiges Flugblatt mit dem Titel „Nein! Wir Deutschen wollen keine Zuwanderung“. Darin ist von

„rechtswidrigen Inhabern der Macht in Deutschland“ die Rede, die „unser Volk endgültig auslöschen“ wollten. Dies sei ein „ungeheures Verbrechen“, der „vollkommene Völkermord“. Autor des Pamphlets ist der Rechtsextremist Johannes P. Ney (vgl. BNR 18/01), seit 1982 Mitglied im rassistischen Schutzbund für das deutsche Volk. VGP-Vorsitzender ist Ernst Günter Kögel, der 1990 wegen Beleidigung und Verunglimpfung der von den Nazis ermordeten Juden zu einer Geldstrafe von DM 12 600 Mark verurteilt worden war.

■ **Schwarzenborn/Knüll** – In seinem neuesten Rundbrief gibt sich Manfred Roeder völlig antiamerikanisch und antisemitisch. „Israel und USA sind die beiden wahren Schurkenstaaten, die keinem anderen Volk ein Lebensrecht zugestehen, wenn es ihren Interessen im Wege steht“. Zu den Terrorangriffen auf New York zitiert er einen Gesinnungsfreund mit den hämischen Worten: „Spät kommt ihr, doch ihr kommt – verspäteter Einschlag der V 2“. Voraussichtlich im November wird gegen Roeder wegen seines Offenen Briefes an den Bundestag verhandelt. Der erste Termin im September ist geplatzt, da der Verteidiger sein Mandat niedergelegt hat. Er hielt es für aussichtslos, so Roeder in seinem jüngsten Rundbrief, die Zuständigkeit des Gerichts in Frage zu stellen.

■ **Stuttgart** – Nach Informationen des baden-württembergischen SPD-Landtagsabgeordneten Stephan Braun unterhält die Landesbank Baden-Württemberg Geschäftsbeziehungen mit der NPD. Die Bank soll demnach ein Konto des NPD-nahen Verlags „Deutsche Stimme“ führen, was für Braun ein untragbarer Zustand ist. Der SPD-Politiker, der in seiner Fraktion zuständig ist für Extremismus und Angelegenheiten des Verfassungsschutz, hat deshalb in einem parlamentarischen Antrag die Landesregierung aufgefordert, angesichts des laufenden NPD-Verbotsantrages umgehend tätig zu werden. Das Land Baden-Württemberg ist mit 39,5 Prozent an der Landesbank beteiligt. Die restlichen Anteile halten die Sparkassen und die Stadt Stuttgart.

Ausland

■ **Italien (Triest)** – Die italienische Neonazi-Truppe Forza Nuova (FN) plant für den kommenden Dezember ein internationales Treffen in Triest gegen Globalisierung und Krieg. Nach Angaben von Fabio Bellani, FN-Sprecher der Region Friaul, sollen an dem Treffen unter anderem Vertreter der bun-

desdeutschen NPD, der französischen Unitee Rationale und Mitglieder rechtsextremer Gruppen aus dem österreichischen Graz, teilnehmen. Das Motto des Treffens lautet: „Gegen die Globalisierung, weder mit den USA, noch mit dem Islam, noch mit dem Zionismus“.

■ **Mexiko (Rosarito)** – Der deutsche Holocaust-Leugner Germar Rudolf, der nach seiner Flucht aus England zeitweilig in den USA ansässig war, hat sich Eigenangaben zufolge zwischenzeitlich in Mexiko niedergelassen. Von dort aus will er auch seinen Verlag Castle Hill Publishers weiter betreiben. Angeblich wohnt Rudolf nun in der Nähe des Revisionisten Bradley Smith („Committee For Open Debate On The Holocaust“) in Rosarito. Smith ist auch Autor der von Rudolf herausgegebenen „Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung“ (VffG). Rudolf ist zwischenzeitlich rechtskräftig von seiner Frau (Scheerer) geschieden. In den VffG gibt Rudolf preis, dass er bei seiner Flucht aus der Bundesrepublik im Frühjahr 1996 eine Nacht bei dem österreichischen Holocaust-Leugner Gerd Honsik in Spanien verbracht hat.

■ **Schweiz (Bern)** – Anfang Oktober verurteilte ein Berner Kreisgericht zwei Skinheads wegen versuchter eventuell vorsätzlicher Tötung zu fünf Jahren Haft und einen Mittäter zu 18 Monaten Gefängnis, letzterer auf Bewährung. Die drei Haupttäter schossen Mitte Juli 2000 mit zwei Sturmgewehren über 100 Kugeln auf ein einst besetztes Holzhaus, das von den Besetzern nun legal bewohnt wird. Der dritte Verurteilte hatte – nach einer abendlichen Sauftour – den Schützen eine der beiden Tatwaffen beschafft und sie an den Tatort gefahren. Die Täter begründeten die Tat, die nur durch großen Zufall keine Todesopfer forderte, mit ihrem „Hass auf Linke“. Die drei Täter – heute zwischen 20- und 23-jährig – bewegen sich seit Jahren in der Deutschschweizer Naziskin-Szene und waren auch mitbeteiligt an anderen tätlichen Angriffen auf missliebige Jugendliche und an antisemitischen Sprayereien.

■ **USA (Lincoln/Nebraska)** – „Holocaust II: Der Anfang vom Ende“ ist der Titel eines Textes in der deutschsprachigen Internetausgabe der „NS-Nachrichten“ der NSDAP/AO. Mit dem Zusammenbruch des New Yorker World Trade Center stürzte, so heißt es in den „NS-Nachrichten“, das „am meisten sichtbare Symbol der jüdischen Weltmacht“, deren „Hauptschaltzentrale“, zusammen. Die Toten waren demnach „die Opfer der blinden

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

DDVG • Stresemannstr. 30 • 10963 Berlin
PVSt, DPAG, „Entgelt bezahlt“, A 13861
Heft 22-2001 / Abo 5292719000

9

Antifaschistisches Pressearchiv
und Bildungszentrum Berlin e. V.
Falkensteinstr. 46
10997 Berlin

Unterstützung von Israel“ durch das „jüdische System Amerikas“. Künftige Anschläge seien nur dann zu stoppen, wenn man „Israel vergesse!“, da sich die „jüdische Tagesordnung“ stets „über die Leben der arischen Völker“ stelle: „Durch jüdische Interessen in so viele Kriege getrieben, haben die Amerikaner während der letzten 80 Jahre Unschuldige weltweit bombardiert. Es sollte einen deshalb nicht verwundern, dass Amerika nun selbst am 11. September an der Reihe war ... Die Bürger New Yorks erhielten bloß einen Vorgeschmack des Terrors, den ihre fehlgeleiteten Väter und Großväter vor sechzig Jahren den zivilen Männern, Frauen und Kindern von Hamburg und Dresden angetan haben.“

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-130, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

DDVG mbH, Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto,
Nachweis erforderlich!

Probeabonnement (6 Hefte), Preis DM 20,- inkl. Porto.